



tacheles

Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Ausgabe 57 · Winter 2013/14 · Kostenlos



*Seid sand, nicht Öl im
Getriebe der Welt!*

INHALT

Bürgerenergiegenossenschaft	
Solingen	3
Rettet das Itterta	4-6
P&C Treppe des Anstoßes	7
Urban Gardening in Solingen & Berlin	8-9
Roter Faden	10
Massengrab Mittelmeer	11
Was kann man aus den Solinger	
Erfahrungen zu Pro NRW lernen?	12-13
Wer ist die AfD?	14
Schluß mit den Hütchenspielertricks	15

Die tacheles Redaktion sucht noch Leute, die Lust und Zeit haben bei uns mit zu machen.

Kontakt:
tacheles-solingen@gmx.de
oder Donnerstags Café Courage
Klemens-Horn-Str. 3

Impressum

tacheles – Zeitung für Emanzipation und Solidarität
 Die Zeitung wurde von dem Redaktionskollektiv erstellt. Auflage 3000
 Kontakt & Zuschriften: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen
 Email: tacheles-solingen@gmx.de
 www.tacheles-solingen.de
 Druck: Ordensgemeinschaft–Beschäftigungshilfe Düsseldorf, Römerstr. 9, 40476 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 44 93 98 70
 Ausgabe 57 - 1. November 2013
 ViSdP und Herausgeber: Frank Knoche
 c/o Café Courage,
 Klemens-Horn-Str. 342655 Solingen
 Bankverbindung:
 Bürgerinitiativen-Büro Solingen e. V.
 BLZ 330 605 92 (Sparda-Bank)
 Konto-Nr. 546 4641
 Layout: Heinz Mähner
 Titelbild: Susanne Pedain

Mengenrabatt für

Pro-NRW-Straftäter?

Über die Verurteilung eines Pro-NRW-Straftäters vor dem Solinger Amtsgericht berichtete das Solinger Tageblatt: „Da der Bonner erst kürzlich vom Amtsgericht Berlin-Tiergarten wegen Widerstands gegen Polizeibeamte zu einer Geldstrafe in Höhe von 900 Euro verurteilt worden ist, wurde diese mit der jetzt ausgesprochenen Strafe in Höhe von ebenfalls 900 Euro zu einer Gesamtstrafe über 1500 Euro zusammengezogen.“

Da hat der randalierende Pro'ler wohl einen Mengenrabatt von 300 Euro erhalten. Für Wiederholungstäter ist ein solcher Nachlass recht ungewöhnlich.

Anlass für die Gerichtsverhandlung war ein Youtube-Video, welches den rechtspopulistischen Aktivisten bei den 1. Mai-Krawallen mit den Salafisten bei einer klassischen Wurfbewegung zeigt. Sein Verteidiger behauptete, dass es sich hierbei um eine „Trockenübung“ gehandelt hätte. Weil im Video nicht zu sehen war was geworfen wurde, verurteilte ihn das Amtsgericht lediglich „nur wegen des Versuchs der einfachen Körperverletzung“ (ST).

FK

MieterInnen gesucht

für Doppelhaushälfte (NE) in Haus- u. Gartengemeinschaft, südl. Stadtrand Solingen, 90m², 680,-+NK

Tel: 0212-817373

Frauen und
Café Courage
 Initiativen Treff e.V.

Klemens-Horn-Str. 3
 42655 Solingen
 Tel.: 0212 27 36 35

tacheles-Jahresabo

Ein Jahr für 13 € frei Haus

Unterstützungs-Abo 20 € frei Haus

Bankverbindung
 Bürgerinitiativenbüro e.V.
 BLZ 330 605 92
 (Sparda Bank)
 Konto-Nr. 546 4641
 Stichwort „tacheles-Abo“



BÜRGERENERGIE SOLINGEN

Eine Bürgerenergiegenossenschaft in Solingen?

Eine vielseitige Chance!

Am 17. Oktober fand die dritte und letzte der von den Stadtwerken organisierten Vorbereitungs-Veranstaltungen zur Gründung einer Bürgerenergiegenossenschaft statt. Über 100 Interessierte, darunter auch viele Vertreter der Solinger Politik, fanden sich in der SWS-Kantine ein. Das kann nicht anders als positiv gewertet werden.

Nachdem bei den ersten Veranstaltungen das Modell der BürgerEnergie-Jena vorgestellt wurde, in der zweiten Veranstaltung eine Studie über Genossenschaftsmodelle vorgestellt wurde und ein neues EU-Steuerrecht im Zusammenhang mit zu gründenden Genossenschaft erläutert wurde, übernahm in der dritten Veranstaltung der „Initiativkreis zur Gründung der BürgerEnergie Solingen“ die Gestaltung des Abends.

Ein Rückblick:

Seit dem 1. Oktober 2012 sind die SWS wieder zu 100 % in kommunaler Hand.

Die Zusammenarbeit der MVV Energie AG mit den Stadtwerken war offensichtlich alles andere als zufriedenstellend. Am 27. September 2012 kam es deshalb zu dem Ratsbeschluss, der den vorzeitigen Rückkauf der 49,9 % Anteile von der MVV Energie AG zum 1. Oktober 2012 vorsah.

Durch die vollständige Rekommunalisierung sind die Stadtwerke Solingen seitdem wieder entscheidungsunabhängig und haben damit einen größeren Handlungsspielraum.

Sie können wieder neue, eigene Projekte angehen, ohne dass ein Investor das verhindert.

Dazu gehören besonders Investitionen in die dezentrale nachhaltige Energieerzeugung.

Die Gewinne der Stadtwerke bleiben seit Oktober 2012 zu 100 % in Solingen.

Kein neuer Investor, dafür eine Genossenschaft:

Der Ratsbeschluss vom 21. Februar 2013 legte fest, dass in Zukunft keine weiteren Geschäftsanteile der SWS an einen Investor verkauft werden sollen.

Zusätzlich wurde die Verwaltung durch diesen Ratsbeschluss beauftragt, die Gründungsvoraussetzungen für eine Bürgerenergiegenossenschaft zu schaffen, die sich mit bis zu 14,9 % an den SWS beteiligen kann.

„Initiativkreis zur Gründung der BürgerEnergie Solingen“:

Mit der Organisationsform Genossenschaft lassen sich ökologische, ökonomische und auch soziale Ziele verfolgen.

Aber eine Genossenschaft braucht ein breites Fundament. Deshalb bildete sich im August 2012 der „Initiativkreis zur Gründung der BürgerEnergie Solingen“.

Die Ziele:

Parteiunabhängig und möglichst weitgreifend möchte dieser Kreis durch die Bildung einer Genossenschaft Bürgerinnen und Bürger aus Solingen und dem Umland zu verantwortlichen Miteigentümern der Stadtwerke Solingen machen.

Die BürgerEnergie Solingen will die dezentrale nachhaltige Energieerzeugung, deren Speicherung und eine effiziente Energienutzung hier in Solingen fördern. Sie hat sich vorgenommen, zukunftsfähige Lösungen für die kommunale Energieversorgung zu unterstützen und eigene Projekte dazu zu entwickeln.

Weiter soll sich hier eine risikoarme Geldanlage für Genossenschaftsmitglieder bieten, die zusätzlich von Vergünstigungen im Versorgungstarif profitieren könnten.

Die regionale Wirtschaft soll gestärkt werden, indem Aufträge und Erträge möglichst in der Region bleiben.

Im weiteren Sinne könnte hier ein Projekt der Gemeinwohl-Ökonomie verwirklicht werden.

Die „BürgerEnergie Solingen“ könnte sich zu einem Leuchtturm-Projekt für die Stadt Solingen entwickeln!

Birgit Correns



Stadtwerke Solingen Foto Birgit Correns

RETTET DAS ITTERTAL!

Das Stadtklima, der Biotopverbund und der Erholungsraum sind bedroht

Zurzeit wird eine für die Entwicklung der Stadt Solingen sehr bedeutsame Auseinandersetzung in den Ratsgremien und in den Medien ausgetragen: Sollen im Ittertal zusätzlich zu den bestehenden, gar nicht (Fürkeltrath I) oder nur teilweise genutzten Gewerbegebieten (Piepersberg-Ost, Monhofer Feld) vier weitere große Gewerbegebiete geplant werden? Schon am 12.3.2012 stimmte der Stadtplanungsausschuss (ASUKM) dem „Regionalen Gewerbeflächenkonzept für das Bergische Städtedreieck“ gegen die Stimmen von Grünen und DSU zu. Darin enthalten waren auch die Neuplanungen am Ittertal: Keusenhof (Ohligs, zwischen Wilzhauser und Kuckesberger Weg), Buschfeld (Wald und Ohligs, nördlich Garzenhaus), Fürkeltrath II (Gräfrath und Wald, nördlich Holz, nordwestlich Gütchen) und Piepersberg-West (Gräfrath, nördlich Roggenkamp, östlich Westring).

Dieser Beschluss des ASUKM war eine erste, nicht verbindliche Befassung mit der Aufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf. Der

Regionalplan wird erst 2014 beschlossen, zuvor wird die Stadt erneut gehört. Entscheidend war für die Beratung, dass den Ausschussmitgliedern dazu leider weder die Aussagen zu dem kurz danach vorgelegten Gutachten „Anpassung an den Klimawandel für die Städte Solingen und Remscheid“ noch die Aussagen aus wesentlichen Untersuchungen aus den letzten 20 Jahren vorgelegt wurden.

Die Luftgüte am Rande des Ittertals ist schon eingeschränkt

Die entscheidende Bedeutung, die eine Einschränkung des Luftaustauschs im Ittertal für die anliegenden Stadtteile hätte, zeigt eine weitere Untersuchung: Die „Ermittlung der Luftgüte im Stadtgebiet von Solingen mit Flechten als Bioindikatoren 2006“, herausgegeben von der Stadt Solingen, Stadtdienst Natur und Umwelt, stuft die Luftgüte im größeren Teil des Stadtgebietes mit „hoch“ ein. Eine als „mäßig“ eingestufte Luftgüte wurde nur in zwei zusammenhängenden Solinger Siedlungsbereichen, die beide teilweise an das Ittertal angrenzen, festgestellt: Zum einen im Bereich Ohligser Unterland,

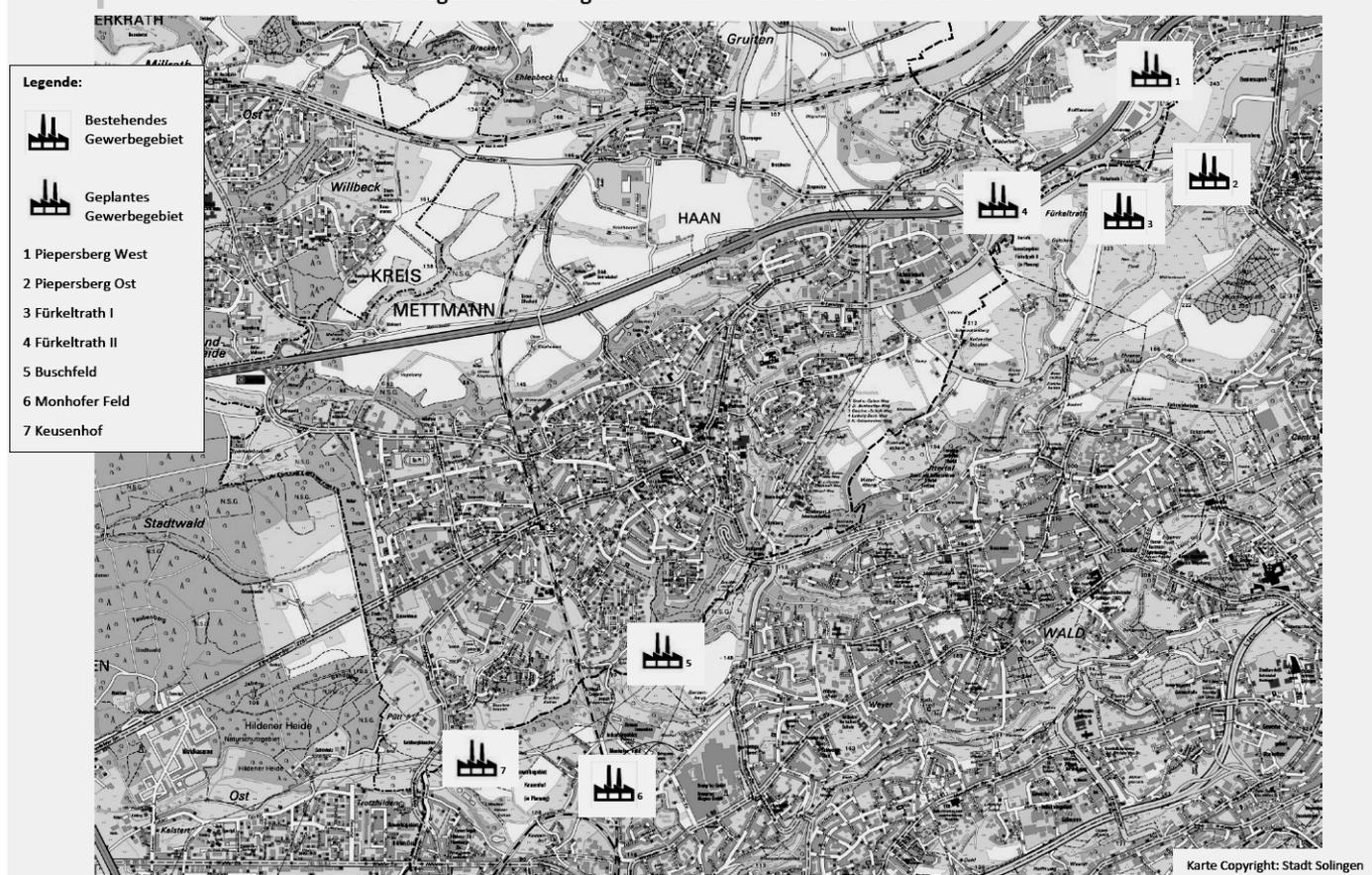
Weyer, Wald bis Fuhr und zum anderen im Bereich zwischen dem Gräfrather Zentrum, dem Innenstadtbereich bis Krahenhöhe. Es ist sehr fraglich, ob die Luftaustauschfunktion des Ittertals trotz einer Bebauung mit den vier möglichen neuen Gewerbegebieten vollständig erhalten bliebe und dadurch die Luftgüte der dem Ittertal benachbarten Bereiche (Ohligs, Wald und Gräfrath) nicht noch weiter beeinträchtigt würde.

Erst nach dem Beschluss des ASUKM vom 12.3.2012 wurde öffentlich, dass auch der vom Lehrstuhl und Institut für Stadtbauwesen und Stadtverkehr der RWTH Aachen University vorgelegte vorgezogene Zwischenbericht zur „Erstellung eines Klimaschutz-Teilkonzeptes 'Anpassung an den Klimawandel für die Städte Solingen und Remscheid'“ feststellte: „Bei der Fläche Keusenhof wäre zudem die Frischluftversorgung des Stadtteils Ohligs beeinträchtigt.“

Das Ittertal - einer der wichtigsten regionalen Grünzüge

Im Auftrag der drei bergischen Großstädte beschrieb schon 1996 die „Projektgruppe Umweltplanung“ sowie die „Projektgruppe

7 Gewerbegebiete entlang des Ittertals - wie Perlen an einer Schnur!





BUSCHFELD - KEUSENHOF - FÜRKELTRATH II - PIEPERSBERG-WEST



Siedlungsstruktur und Freiraum der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal“ in der „Konzeption zur Siedlungs- und Freiraumentwicklung“ die besondere Bedeutung und die Bedrohung des Ittertals: „Das Freiraumband Oberes/Mittleres Ittertal bildet einen wichtigen regionalen Grünzug zwischen den Städten Solingen, Haan und Wuppertal. Es ist innerhalb dieses Teils der Stadtregion die einzige, großräumige Freiraumverbindung von Osten nach Westen. Es verbindet das Großbiotop Hildener Heide mit dem Freiraum des Westlichen Wupperengtales und dem Großbiotop Burgholz. Das Freiraumband wird nahezu allseitig von Siedlungsflächen der vorgenannten Städte begrenzt und ist einem sehr starken Siedlungsdruck ausgesetzt. (...) Neben seinen wichtigen Funktionen für den Naturhaushalt, wie dem Biotopverbund, dem Wasserhaushalt und dem Klima, ist das Obere / Mittlere Ittertal auch ein wichtiges Naherholungsgebiet für etwa 30.000 Menschen, die in fußläufiger Entfernung um den Grünzug herum wohnen.“ Das Ittertal hat eine enorme Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz. Das geplante Gewerbegebiet Buschfeld wird zu zwei Dritteln umrandet von dem unmittelbar angrenzenden, 28,89 ha umfassenden Naturschutzgebiet Mittleres Ittertal und Baverter Bachtal. Im Textteil des „Landschaftsplan der Stadt Solingen“ ist in der Erläuterung zum Schutzzweck des Naturschutzgebietes u.a. angegeben: „Es konnten jeweils 15 Tier- und Pflanzenarten der Roten Liste NRW und

der Vorwarnliste festgestellt werden“. Naturschutzgebiete benötigen aber Pufferräume, um ihre Funktion zu erhalten, diese würden bei einer Bebauung von Buschfeld genommen.

Auch das geplante Gewerbegebiet Piepersberg-West würde die Biotopvernetzungs-funktion des Ittertals einschränken. Im Umweltbericht zum Bebauungsplan G 501 - Piepersberg (von BKR Aachen für das schon bestehende Gewerbegebiet Piepersberg-Ost) ist festgehalten: „Das Plangebiet stellte jedoch eine Haupt-Flugroute (Verbindungsstrecke vom Schlafplatz zum Jagdplatz) vom südlichen Ittertal zur Wupper dar. Nachgewiesene Fledermausvorkommen im Umfeld des Plangebietes sind der Abendsegler und die Wasserfledermaus.“ Käme Piepersberg-West hinzu, verbliebe in diesem Bereich gerade mal eine Freifläche von 130 Meter Breite. Ob der verbleibende Streifen für diese Funktion ausreichen würde ist völlig unklar.

Raumwiderstandsanalyse: „Erhebliche Umweltauswirkungen“

Die starke Kritik an den Planungen und die Schwierigkeit, die Planung der vier neuen Gewerbegebiete gegenüber den höheren Planungsbehörden trotz der zahlreichen, dem offensichtlich entgegenstehenden gutachterlichen Empfehlungen durchzubekommen, veranlasste die Verwaltung, eine „Ökologische Bewertung des Ittertals in der Stadt Solingen“ (Raumwiderstandsanalyse) durchführen zu lassen. Diese Untersuchung wurde

dem ASUKM im September 2013 vorgelegt. Sie wertete bestehende Untersuchungen aus und entwickelte daraus u.a. die Feststellung, dass „innerhalb der bestehenden Freiflächen keine konfliktarmen Freiräume abgrenzbar sind“ und führt weiter aus: „Der Raumwiderstand im gesamten Freiraum des Ittertals wird aufgrund unterschiedlicher hochwertiger ökologischer Funktionen zumindest für einen Umweltaspekt als hoch oder sehr hoch bewertet.“ Raumwiderstand wird von den Gutachtern so definiert, dass „entsprechende Vorhaben in Bereichen mit sehr hohem/hohem Raumwiderstand unter Inkaufnahme erheblicher Umweltauswirkungen umgesetzt werden, so dass für Vermeidung, Verminderung und Kompensation der damit verbundenen Eingriffe erhebliche Aufwendungen vorgesehen werden müssen. Dies bedeutet i.d.R. auch einen erhöhten Untersuchungsbedarf bei der weiteren Planung.“ Das Gutachten stellt fest: „Grundsätzlich ist darauf hinzuweisen, dass die Zusammenfassung der ökologischen Wertigkeiten und Empfindlichkeiten im Sinne der Raumwiderstandsanalyse nicht die Auswirkungenprognose ersetzt (MUVS 2001) und keine gesamtstädtische Abwägung darstellt.“

Ratsfraktionen fordern Gesamtgutachten für die Planungen im Ittertal

Genau diese Auswirkungenprognose fehlt bis heute. Es ist nicht sinnvoll, die Gewerbegebiete jetzt einzeln voranzutreiben, wie dies

„Solingen gehört uns!“

Unsere überparteiliche Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“ setzt sich für den Erhalt und die Förderung öffentlicher Daseinsvorsorge ein. Dazu gehören die Rekommunalisierung der Stadtwerke Solingen sowie Verbesserungen beim öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Wir treffen uns jeden ersten Montag im Monat um 19.00 Uhr im Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3
Interessierte sind bei uns herzlich willkommen!

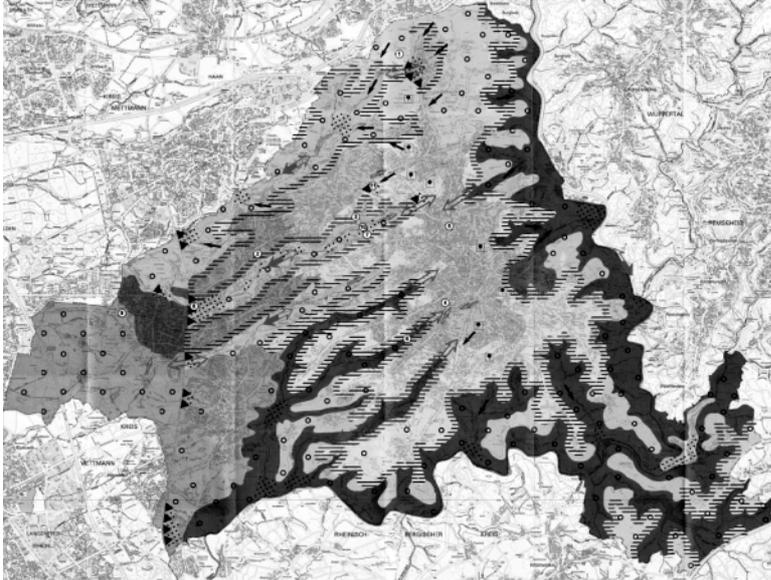
Mehr Infos: www.solingen-gehoert-uns.org
info@solingen-gehoert-uns.org



für Fürkeltrath II gerade beschlossen wurde, ohne eine Gesamtbetrachtung aller Planungen und aller damit verbundenen Auswirkungen auf die verschiedenen Schutzgüter vorzulegen.

Deshalb forderten mehrere Fraktionen und

9.12.2013 „in Bezug auf die weitere Bebauung des Ittertals, insbesondere durch Gewerbeansiedlungen, die Erstellung eines Gesamtgutachtens unter Nachhaltigkeitsaspekten und ökologischen Gesichtspunkten“.



Planungsrelevante Klimafunktionskarte Stadt Solingen. Aus: Stadt Solingen. 1993. Kuttler, W. et al.: Stadtklimaanalyse Solingen

die Bürgerinitiative „Rettet das Ittertal“ in der Sitzung des ASUKM eine gesamtäumliche Umweltprüfung für das Ittertal. Die BfS beantragte für die Sitzung des ASUKM am

Notwendig ist eine ökosystemare Gesamtbetrachtung des Ittertals zwischen Itterquelle und Stadtgrenze Hilden auf Grundlage der Raumwiderstandsanalyse. Diese sollte insbe-

sondere die Auswirkungen aller bisher nicht mit rechtskräftigen Bebauungsplänen versehenen Planungen von Gewerbegebieten und Wohngebieten am Rande des Ittertals für alle Schutzgüter darlegen. Dazu sollten alle, auch sehr aktuell erstellte, floristische, faunistische und vegetationskundliche Daten sowie Pflege- und Entwicklungsdaten, die dem ehrenamtlichen und dem professionellen Naturschutz vorliegen, berücksichtigt werden sowie ergänzende floristisch-faunistische Untersuchungen für Bereiche innerhalb des Untersuchungsgebietes durchgeführt werden, für die die aktuelle Datengrundlage nicht ausreichend ist.

Dabei müssen Beeinträchtigungen der Funktion des Biotopverbundes Großbiotop Hildener Heide/Ittertal/Tal der Wupper/Großbiotop Burgholz, Beeinträchtigungen der Funktion des Ittertals für das Stadtklima und die Luftgüte der benachbarten Stadtteile, insbesondere die Aspekte der gesundheitlichen Beeinträchtigung für den Menschen sowie potenzielle Einschränkungen der Wohnnutzungen, der Erholungsfunktion und der landwirtschaftlichen Funktion untersucht werden.

Dietmar Gaida

Infos der Bürgerinitiative „Rettet das Ittertal“: E-Mail: Post@rettetdasittertal.de
Homepage: www.rettetdasittertal.de



Über 30 Jahre in der Natur Aktiv
Bergischer Naturschutzverein e.V.
OV Solingen, rbn@rbn-solingen.de
www.rbn-solingen.de



tacheles dokumentiert auf dieser Seite **Stellungnahmen von bunt statt braun und der Wohlfahrtsverbände**

bunt statt braun Koordinierungskreis

Dr. Christoph Humburg
Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände

Sehr geehrter Herr Dr. Humburg,
das Bündnis bunt statt braun wendet sich, in Sorge um das politische Klima in unserer Stadt, an Sie, als Sprecher des Forums der Solinger Wohlfahrtsverbände. Die Wohlfahrtsverbände werden sich genauso wie wir, heute in unserem Koordinierungskreis, mit der Kampagne für Sicherheit und Ordnung in Solingen beschäftigen. Wir beobachten mit großer Sorge, dass hier, unter anderem mit Blick auf die Bundestagswahlen im September und die Kommunalwahlen im Mai des nächsten Jahres, von interessierter Seite

her ein Thema gesetzt wird, was die Stadtgesellschaft weiter spalten wird und unserem Bemühen für mehr Toleranz schadet.

In der zurückliegenden Woche hat die rechtspopulistische Gruppierung Pro NRW sich, vor allem in Gräfrath und Mitte, mit Flugblättern dieser Kampagne angeschlossen. Wie so oft in der Vergangenheit kam auch diesmal wieder die aufmunternde Steilvorlage für die Rechtsextremen aus der konservativen Mitte der Gesellschaft. Dieses „Spiel mit dem Feuer“ halten wir für unverantwortlich.

Es gibt andere Beteiligungsmöglichkeit mit Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt auch schwierige Themen im Dialog zu führen.

Jetzt ist die sogenannte Trinkerszene im Visier, morgen könnten es, bei steigenden Flüchtlingszuweisungen, Roma und Syrer

sein. Haben wir denn Nichts gelernt aus dem Solinger Brandanschlag, der auf dem Hintergrund eines politisch geprägten Klimas der Intoleranz und rassistischer Hetze geschah?

Wir wenden uns mit der Bitte an Sie, dass wir gemeinsam solchen Anschlägen auf die Zivilgesellschaft entgegenreten und weiter zusammen für ein tolerantes und weltoffenes Solingen arbeiten. In diesem Sinne sind wir an einem Gespräch über ein gemeinsames Vorgehen sehr interessiert.

Mit freundlichen Grüßen

für den Koordinierungskreis bunt statt braun

Hans-Werner Bertl

Toleranz gegenüber „Szenentreffpunkten“ und sachgerechte Hilfsangebote

Treffpunkte der verschiedenen Szenen in unserer Stadt wird es immer wieder geben. Grundsätzlich haben alle Menschen das Recht, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten, auch dann, wenn sie vielleicht im Verhalten und im Erscheinungsbild nicht den gesellschaftlichen Normen entsprechen.

So lautet, das gemeinsame Fazit, das die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege in Solingen und der unter anderem für Soziales zuständige städtische Beigeordnete Robert Krumbein nach einem Gespräch gezogen haben.

Die Diskussion um die Treppe vor P & C zeige exemplarisch, dass Bedrohung oder Belästigung sehr unterschiedlich wahrgenommen werde. In jeder Bevölkerungsschicht gebe es natürlich gewalttätige und nicht gewalttätige Menschen. Dr. Christoph Humburg von der Caritas berichtete über einen dort eingegangenen Hinweis einer Solingerin, wonach die dort häufig anzutreffenden Menschen ihrem Mann, der schlimm gestürzt war und sich seine Nase erheblich verletzt, sofort sehr nett und gut geholfen hätten. Die Bürgerin war deshalb über das Vorhaben, die Menschen von der Treppe zu vertreiben, sehr verärgert.

Unabhängig von der Existenz bestimmter Szenen gebe es in Solingen ein ausgeprägt gutes Angebot an vielfältigen Hilfen für nahezu alle Unterstützungsbedarfe. Auch eine

Erweiterung solcher Angebote werde an der Tatsache, dass es Szenentreffs gibt, nichts verändern. Daher muss auch die Entscheidung darüber, welche Hilfsangebote in unserer Stadt nötig sind, unabhängig von der zurzeit geführten Diskussion um das subjektive „Sicherheitsgefühl“ einiger Menschen getroffen werden und sich ausschließlich am Bedarf der hilfesuchenden Menschen orientieren.

Insgesamt dürfe die Diskussion zu Fragen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, von „Ordnungspartnerschaften“ oder kriminalpräventiven Einrichtungen nicht die Szenentreffs als Aufhänger nehmen. Stattdessen müsse größter Wert auf objektivierbare Erkenntnisse zu Kriminalität und Ordnungswidrigkeiten in allen Teilen der Stadt gelegt werden.

Bei aller erkennbaren Emotionalität mancher Beiträge zu dieser Diskussion werde man gemeinsam darauf achten, dass der Anspruch auf Toleranz und Menschenwürde auch für



Das Objekt des Anstoßes, die Treppe vor P&C

Menschen, die eher am Rande der bürgerlichen Gesellschaft stünden, in Solingen gewahrt bleibe.

ARBEITSGEMEINSCHAFT
DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE IN
DER STADT SOLINGEN
Dr. Christoph Humburg

1. Vorsitzender
Robert Krumbein

Beigeordneter Ressort 3 - Bürgerservice,
Recht, Soziales, Sicherheit und Ordnung



URBAN GARDENING IN SOLINGEN

Die Scharfen Gärten als Initiativ- und Mitmachprojekt

Wer schon einmal im Südpark entlang der Güterhallen auf der zu den Bahngleisen hin offenen Seite entlang der Wiesen vorbeigeschlendert ist, wird vielleicht schon einmal die etwas wild herumstehenden Hochbeete und das Bohnentippi bemerkt haben. Auf einem Banner ist der Name Scharfe Gärten zu lesen und innerhalb einer Umzäunung hausen die Scharfen Honig-Bienen. Ein etwas unscheinbares Schild weist dies als ein Projekt des Solinger Familienbündnis aus, welches durch die internationale Urban Gardening Bewegung inspiriert ist. Recht bekannt wird dem ein oder anderen in diesem Zusammenhang der Begriff Transition Town sein, eine in England von Rob Hopkins ausgehende Bewegung, die inzwischen auch in Deutschland in mehreren Städten wie z.B. Hannover Fuß gefasst hat. Aber auch Projekte wie die Prinzessingärten in Berlin schließen sich dem Grundgedanken dieser Bewegung an. Für Frankreich, beispielsweise in Lyon, ist die Decroissances Bewegung zu nennen. Dabei bilden diese Initiativen eine Art ökologisches und soziales Versuchsfeld in Reaktion auf eine Welt, die im Zeichen von Klimaveränderungen, starker Zweifel am ewigen Wachstumversprechen und einer post-fossilen Zukunft, sprich einer nicht mehr auf die Verbrennung fossiler Rohstoffe basierenden Lebensweise, eine andere wird sein müssen, als die die wir heute kennen. Angesichts dieser gewaltigen Dimensionen nehmen sich die Scharfen Gärten zugegebenermaßen als ein eher zartes Pflänzchen aus. Aber der Ansatz ist gleich. Man will städtische



Brachflächen nutzen, betont einen lokalen sowie biologischen Anbau von Lebensmitteln, ist interessiert an gemeinschaftlichen Momenten gestalterischer Tätigkeiten, hebt die Verwendung von gebrauchten Materialien hervor, wie u.a. für den Bau der Hochbeete, unterstützt eine die biologische Vielfalt fördernde Stadtentwicklung und tritt ein für eine nachhaltige Lebensweise. Gegründet wurde das Projekt im November 2012 in den Räumen der Schulkinderbetreuung in Gräfrath. Denn von Beginn an wollten wir mit diesem Projekt Gruppen des Schulganztags ansprechen. Und Dank des Sponsors Johnson Controls und seinen Azubis konnten wir tatsächlich schon im Frühjahr in einer vormittäglichen Aktion an der Grundschule Erholungsstraße sechs Hochbeete zusammenbauen. Ein großer Erfolg für das junge

Projekt! Hinzu kommt aktuell eine Zusammenarbeit mit der Hauptschule Central. Doch zuvor konnten wir mit einem eigenen Garten im Südpark im April diesen Jahres beginnen. Die Umsetzung der Scharfen Gärten verdankt sich dabei vor allem einer von vielen Seiten getragenen Unterstützung. Da ist die Stadt zu nennen, die die Grünfläche im Südpark zur Verfügung stellt, die dortigen Anrainer, die die Idee begrüßen, und die Güterhallenkünstler, die mit persönlichem Einsatz, Ideen und Räumlichkeiten aktiv zum Gelingen des Projektes beitragen. Hinzu kommen noch einige Sponsoren u.a. die städtischen technischen Betriebe. Doch der harte Kern der engagierten Gründungsgruppe hat weiterreichende Ideen. Es soll eine mit seltenen und alten Samen bestückte Saatgutbox aufgestellt werden, eine Kräuterspirale entstehen und eine weitere Öffnung des Projekts mit gezielter Werbung erfolgen. Schließlich lebt ein solches Projekt davon, dass interessierte Menschen bereit sind mitzumachen und Hand anlegen. Im besten Fall kann der Garten über verschiedene Kulturen hinweg eine Gemeinschaft stiften. Schließlich wird eine stärkere Vernetzung mit Projekten aus der unmittelbaren Umgebung angestrebt. Denn auch in Wuppertal, Köln und Düsseldorf bestehen derartige Projekte. Für einen Überblick sind nachfolgende Links zu empfehlen:

<http://gartenpiraten.net/>

<http://www.anstiftung-ertomis.de/>

Wer jetzt Geschmack am Gartenprojekt bekommen hat, kann sich liebend gerne an das Familienbündnis bzw. den Autor wenden.

Thilo Schnor

schnor.fuer-familie@gmx.de

Kontaktadresse:

ZukunftsWelten e.V.

Mühlenteich 5 42653 Solingen

Tel.:0212-59 04 01 FAX:259 25 11



Abzugsfähige Spenden werden erbeten auf das Konto

ZukunftsWelten e.V. Konto 5251269 BLZ 342 500 00 Stadtparkasse Solingen



BERLIN GARDENING

Seit 2009 wachsen die „Prinzessinnengärten“ im Herzen von Berlin-Kreuzberg (nebenstehende Fotos rechts und unten). In diesem Gemeinschaftsprojekt wird nicht nur vielfältiges Gemüse angebaut, die NutzerInnen und viele Gäste lassen sich die Produkte auch als „Gartenpizza“ im eigenen Gartencafé schmecken.

In der „Tempelhofer Freiheit“ (Fotos unten) bilden auf dem ehemaligen Flugplatz kleine Gemeinschaftsgärten, Kunstobjekte und kreative Orte der Entspannung eine atemberaubende Einheit. Zum Nachahmen!

Dietmar Gaida



„ROTER FADEN“ EIN FILMPROJEKT ANLÄSSLICH DES 20. JAHRESTAGES DES SOLINGER BRANDANSCHLAGS



Am Abend der Premiere

Am Samstag den 14. September 2013 fand im CinemaxX Solingen die Filmpremiere „Roter Faden“ von Nasser Firouzkhah statt.

Nach einem halben Jahr harter Arbeit war es so weit: Im CinemaxX lief die Premiere des „Roten Fadens“. Der Andrang war so groß, dass viele Interessierte auf die Warteliste gesetzt werden mussten. Der Film lief dann drei Wochen später noch mal in der Cobra. Der Film entstand fast ausschließlich in ehrenamtlicher Arbeit, mit breiter Unterstützung von vielen Seiten. Er beschäftigt sich mit dem Brandanschlag auf das Haus der Solinger Familie Genç im Jahre 1993, bei dem fünf junge Menschen starben.

Die 40minütige Dokumentation, zusammengestellt aus Originalaufnahmen und Interviews, geht von den Ereignissen und Erschütterungen im Jahr 1993 aus und zieht sich wie ein roter Faden durch die bundesdeutsche Geschichte.

Zu Wort kommen vor allem Selbstbetroffene und Zeitzeugen von damals und heute, sowie die nachfolgende Generation, die im Schatten ihrer Integrationsbemühungen zwar längst angekommen ist, aber ihren Platz in einer gleichberechtigten Gesellschaft immer noch einfordern muss. Auch 20 Jahre nach dem Brandanschlag heißt das Problem Rassismus.

Bezugsquelle:

Die DVD „Roter Faden“ ist unter der E-Mail Adresse: roterfaden.solingen@gmx.de beziehen, um eine Spende wird gebeten.

Der Trailer zur Dokumentation ist unter dem Stichwort: roterfaden Solingen-Nasser Firouzkhah zu finden.

Zum Film-Autor:

Hassan Nasser Firouzkhah wurde 1958 im Iran geboren und kam als Flüchtling 1986 nach Solingen.

1988 wurde er als Flüchtling anerkannt und besitzt heute die deutsche Staatsangehörigkeit. Er gründete die „Internationale Liste“, für die er 1999 in den Integrationsrat eingezogen ist. Seit 2009 ist er Ratsmitglied bei den Grünen.



alfai
MESSEBAU

UWE ALVERMANN
BURGSTRASSE 112
42655 SOLINGEN
TELEFON (02 12) 31 06 61
TELEFAX (02 12) 31 15 59
MOBIL 0172-655 68 22
U.ALVERMANN@ARCOR.DE

14.09.2013 18:30 UHR
KINO 1 CINEMAXX SOLINGEN
FILMPREMIERE

20 Jahre danach
Brandanschlag Solingen

**ROTER
FADEN**
DOKUMENTARFILM

Da die Anzahl der Sitzplätze begrenzt ist, können sich Interessierte unter roterfaden.solingen@gmx.de verbindlich anmelden



Wie viele Flüchtlinge müssen im Mittelmeer noch sterben?

Auch nach den zwei Flüchtlingsdramen Anfang des Monats vor Lampedusa reißt der Zustrom von Migranten nach Italien nicht ab. Doch der Tod dieser Menschen, die überwiegend aus Eritrea und Somalia kamen, hätte verhindert werden können, denn es handelte sich nicht um Unglücke. Es ist die gewollte Abschottungs- und Abschreckungspolitik der Europäischen Union, die es nicht zulässt, dass Flüchtlinge auf rechtmäßigem Weg Europa nicht erreichen können.

Ähnlich wie Italien wird auch Griechenland von vielen Flüchtlingen als Eingangstor in die EU angesteuert. Auch auf dem ägäischen Meer kommt es immer wieder zu schockierenden Vorfällen: Flüchtlingsboote werden von der griechischen Küstenwache manövrierunfähig gemacht, Frauen, Männer und Kinder etwa aus Syrien oder Afghanistan aufs offene Meer zurückgestoßen und ihrem Schicksal überlassen. Dadurch verhindert die Küstenwache, dass Menschen Asyl beantragen können.

„Allein im Jahr 2011 ertranken über 1.500

Menschen im Mittelmeer. Für die Rettung von Bootsflüchtlingen fühlt sich niemand zuständig. Fischer haben Angst, bestraft zu werden. Und Italien und Malta zanken bis zum Schluss über die Zuständigkeit bei der Seenotrettung, weil damit auch die Zuständigkeit für das Asylverfahren und die Aufnahme der Flüchtlinge einhergeht. Durch dieses Vakuum der Verantwortung ist der Friedensnobelpreisträger Europa längst zu einem Totengräber geworden.

Die europäische Abschottungspolitik verletzt Menschenrechte und muss deshalb ein Ende haben. Statt die Grenzen immer stärker zu überwachen, müssen die europäischen Mitgliedstaaten Flüchtlinge und Migranten ohne Zögern aus Seenot retten. Außerdem dürfen Flüchtlinge nicht kriminalisiert werden, wenn sie Europa betreten. Sie brauchen ein faires Asylverfahren und keine Haft.“ (Zitat: Amnesty International)

Die Gründe dafür sind vielfältig, der wichtigste aber dürfte die „massive Abschottungspolitik“ dieser Länder sein, wie Pro-Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt meint. „Griechenland verhaftet die Flüchtlinge, Malta schaut weg - und Italien illegalisiert

den Fischer, der einen Flüchtling aus dem Wasser zieht.“

Damit sich die aktuellen Tragödien an der europäischen Außengrenze sich nicht wiederholen, können auch Sie etwas tun, z. B. indem Sie sich an der Online-Petition an den griechischen Minister für öffentliche Ordnung und Bürgerschutz Nikos Dendias beteiligen. Darin können Sie sich dafür einsetzen, dass die griechische Küstenwache Flüchtlinge nicht mehr aufs offene Meer zurückdrängt und so verhindert, dass sie Asyl beantragen können.

http://action.amnesty.de/1/ger/p/dia/action3/common/public/?action_KEY=9337&d=1

Und Amnesty International fordert in einem offenen Brief an die Bundeskanzlerin einen entschiedenen Einsatz für den Menschenrechtsschutz in der europäischen Flüchtlingspolitik.

<http://www.amnesty.de/2013/10/17/offener-brief-bundeskanzlerin-merkel-europa-muss-sich-fuer-fluechtlinge-oeffnen?destination=node%2F2817>

Helmut Eckermann

amnesty
international



Sektion der
Bundesrepublik
Deutschland e.V.
Bezirk 3560
Gruppe 1424

Helmut Eckermann
Burger Landstraße 19
42659 Solingen

Das Boot
ist voll !!



WAS KANN MAN AUS DEN SOLINGER ERFAHRUNGEN LERNEN, WENN PRO-NRW KOMMT?

Vor dieser Frage standen wir in Solingen seit Mai 2010 dreimal:

Am 1. Mai 2012, als Pro NRW die Krawalle mit den Salafisten provozierte, am 24. März 2012 im Rahmen ihrer „islamkritischen Doppeldemo“ in Remscheid und Solingen, zum Auftakt des NRW-Landtagswahlkampfes und am 1. Mai 2010, unter dem Motto „NRW ohne Minarette“, zu ihrem Abschluss des damaligen Landtagswahlkampfes.

Getragen wurden die Aktionen gegen die Rechtspopulisten in der Hauptsache von dem breiten Bündnis „bunt statt braun“, welches schon vorher die erklärte Absicht der NPD zu den Kommunalwahlen anzutreten, vereitelt hatte.

Was hat sich bei uns in Solingen bewährt?

– Maximale Breite des Bündnisses bis zur CDU (siehe Schlussbemerkung)

– Weitgehende Beschränkung auf ein Aktionsbündnis für konkrete Anlässe, mit der gemeinsamen Klammer, den Volksverhetzern nicht den öffentlichen Raum zu überlassen

– Keine über die gemeinsame Ablehnung des Rechtsextremismus hinausgehenden Forderungen wie linke Systemkritik oder rechte Totalitarismustheorie. Das bleibt jedem selbst überlassen, gehört aber nicht in ein antifaschistisches Bündnis.

– Keine Spaltung und Herabsetzung zwischen verschiedenen Aktionsformen, wie z. B. Gegenkundgebung mit Reden und Kultur (an einem möglichst nahen Ort zum Pro-NRW-Auftritt) und gewaltfreien Blockaden zu zulassen. Für jede Protestform muss gemäß der eigenen, individuellen Selbsteinschätzung, Platz und Anerkennung, sowie ein gemeinsames Verständnis und Solidarität vorhanden sein. Deshalb hilft auch das Bündnis den Aktivisten, die wegen ihres radikalen zivilen Ungehorsams gerichtlich belangt werden.

– Vereinbarung mit den Parteien sich parteipolitisch zurückzunehmen (was insbesondere

die MLPD nicht akzeptieren will)

– Angebot von Informationsveranstaltungen über den Charakter von Pro-NRW, gezielt an Schulen, Lehrkräfte und Jugendeinrichtungen gerichtet

– Gemeinsame, möglichst einstimmige, Verabschiedung einer Erklärung des Stadtrates und anderer Gremien gegen Pro-NRW (hilfreich für die Aufklärung über Rechtsextremismus in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen wie VHS, Jugendförderung, Jugendstadtrat, Kirche usw.)

– Aufforderung an Stadtverwaltung und Polizei, die Hetzkundgebungen der Pro-NRW-Wanderprediger gar nicht erst zuzulassen bzw. in die „Pampa“ zu verlegen.

Was sollte in der konkret/praktischen Auseinandersetzung mit Pro-NRW-Auftritten weiter beachtet werden?

– Ihre Akteure und Ordner sind in der Regel in Auseinandersetzungen mit Antifaschisten sehr erprobte Reiskader. Sie wissen, wie sie sich gegenüber der Polizei als Opfer darstellen können. Wie in Solingen, am 24. Mai 2012, schlagen Sie zu und rufen dann mit einer Stimme, der Polizei zugewandt: „Körperverletzung, Gewalt, Körperverletzung“. Hier ist es ratsam solche Konfrontationen zu filmen und zu fotografieren. Auf die Videoaufnahmen der Polizei sollte man sich dabei in keinem Fall verlassen. Die sind dann, wenn es vor Gericht geht, meistens aus irgendwelchen dubiosen Gründen nicht mehr verfügbar. Befreundete Rechtsanwälte vor Ort zu haben und einen Ermittlungsausschuss einzurichten, ist absolut notwendig. Sofort und unmittelbar sollten Zeugenaussagen protokolliert und unterschrieben werden. Der saubere Rechtsanwalt, Herr Beisicht, bessert die desaströse Finanzlage seiner „Bürgerbewegung“ gerne mit gewonnen Prozesskosten auf, wobei ihm das zunehmend (siehe zwei verlorene Prozesse in Solingen) immer weniger gelingt.

– Schaut euch die Pro-NRW-Leute genau an. Nicht wenige haben eine neofaschistische Vergangenheit, sind wegen Straftaten und Falschaussagen bereits gerichtlich bekannt. Solche Recherchen helfen dabei auch über die bürgerlichen Medien den Charakter der Pro-Partei zu entlarven.

– Sich am Größenwahn und der Protze-

rei von Pro-NRW abzuarbeiten, bietet sich ebenfalls an. In der Regel melden die bei der Polizei mehrere hundert TeilnehmerInnen an und kündigen prominente Redner rechtsradikaler Bewegungen aus anderen Ländern an. Kommen tun dann nur ein knappes Dutzend und internationale Nobodys, wenn überhaupt. Lächerlich machen kann auch ein sehr wirksames Instrument sein.

– Auch ist damit zu rechnen, dass die Beisicht-Truppe Unterstützung von anderen Rechtsextremisten erhält. Am Ersten Mai 2010 meldete die NPD zeitgleich zur Pro-NRW-Kundgebung in Solingen Mitte eine eigene Kundgebung in Solingen-Ohlgs an. Wir haben richtigerweise gegen beide Veranstaltungen mobilisiert. Ob die Motivation der Rechten dafür rechte Konkurrenz untereinander war oder ob es in der Absicht lag, die Kräfte der Antifaschisten zu zersplittern, ist nicht eindeutig klar. Ich vermute, dass es doch eine verdeckte Kooperation zwischen den rechtsextremen Organisationen gibt. So versuchten etwa ein Dutzend mit Schlagstöcken bewaffnete „Autonome Nationalisten“, eine von „bunt statt braun“ organisierte Info-Veranstaltung über Pro-NRW (250 TeilnehmerInnen, viele Schüler und Pädagogen) im Kulturzentrum Cobra zu stören. Eine professionelle Sicherheitskraft reichte hierbei allerdings aus, um die Störenfriede zu stellen und sie der Polizei zur Aufnahme der Personalien zu übergeben.

Abschließend bleibt festzustellen, dass es kein allgemeingültiges Konzept gibt. Vieles hängt von der Reife und Vernetzung der antifaschistischen Akteure ab. Manchmal ist es richtig, eine Gegenveranstaltung der „Zivilgesellschaft“ zu organisieren. Andererseits kann auch die informelle, mehr oder weniger spontane, Verabredung zum „Flash-Mob“ direkt auf der Pro-NRW-Kundgebung äußerst erfolgreich sein. Letzteres hat dann auch den Vorteil, dass Behörden und Polizei (nicht unbedingt Pro-NRW freundlich!) sich nicht zu aufwendigen Schutz- und Abtrennungsmaßnahmen von Faschisten und Antifaschisten genötigt sehen. Und Drittens kann die richtige Antwort in einer Mischung aus beiden Aktionsformen sein.

Sonderfall 1. Mai 2012:

Hier hatte Pro-NRW mit Hilfe der Gerichtsbarkeit eine Kundgebung gegen die Salafisten-Moschee auf der Konrad-Adenauer-Straße organisiert. Bunt statt braun wollte aus der DGB-Mai-Demonstration heraus dagegen demonstrieren. Mit etwas mehr Organisation und Entschlossenheit hätte das auch funktionieren können. Die Polizei sperrte aber den direkten Weg zu Pro-NRW ab und leitete den größten Teil der Gegendemon-





stranten auf den Rathausvorplatz, auf dem sich, in „Steinwurfnähe“ (Was für uns immer als Abstandsgebot zu Nazikundgebungen verordnet wurde), die Salafisten befanden. Meiner Meinung nach wurde diese Konfrontation von irgendwelchen staatlichen Strippenziehern im Hintergrund bewusst provoziert, um die Salafistenszene zu erfassen und die Antifaschisten als Helfershelfer der Salafisten zu diskreditieren. Darauf waren wir nicht vorbereitet. Manche Antifaschisten solidarisierten sich, angesichts der Polizeigewalt sogar mit den Salafisten (die Feinde meines Feindes sollten meine Freunde sein!??), obwohl diese genauso menschenverachtend, intolerant und reaktionär sind wie Pro-NRW.

Schlussbemerkung: Ein ganz heikles Thema war immer die Einbeziehung der CDU in unser Bündnis. Nach wie vor ist die CDU die einzige Partei, die nicht Mitglied des Bündnisses bunt statt braun ist. Aber der inzwischen zurückgetretene CDU-Vorsitzende und andere CDU-Prominente traten als Personen dem Bündnis bei. Inhaltlich war das natürlich mit der Akzeptanz der Forderung nach Ablehnung jeglichen Extremismus verbunden. Wir haben das akzeptiert, weil es tatsächlich nicht nur den rechten Extremismus gibt. Es gibt z.B. bei den Salafisten und anderen Islamisten einen ebenso gefährlichen Extremismus. Wer sich auf der Linken Seite als Extremist einordnen lässt, der ist selbst

daran Schuld und liefert den Konservativen ein willkommenes Argument, sich vor der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu drücken.

Was Kommunalwahlen anbetrifft müssen rechtsextremistische Bewerber etwa 30 Kandidaten aufstellen. Das ist ihre Achillesferse. Macht die einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten rechtzeitig in Bild und Biografie öffentlich. Das wirkt nachhaltig.

Frank Knoche

KANDIDIERT PRO NRW ZU DEN KOMMUNALWAHLEN?

„Euphorie“ soll die Gründungsversammlung eines neuen Kreisverbands von „pro NRW“ am Samstag in Solingen ausgelöst haben, schreibt die selbsternannte „Bürgerbewegung“ in einer ihrer üblichen Erfolgsmeldungen. In allen Städten und Kreisen des Bergischen Landes bestünden nun „eigene, voll handlungsfähige PRO-NRW-Verbände“. Dem großen Worte folgen große Ziele: 2014 soll der Einzug in den Stadtrat gelingen.

Zum Kreisvorsitzenden wurde der 33-jährige Servicetechniker Stephan Hövels gewählt. Als seine Stellvertreter fungieren der Mediengestalter Dennis Meyer und der Handwerker Jens Deubel. Das Amt der Schatzmeisterin hat Michaela Brylla inne, Marcus Dreyer wurde zum Schriftführer gewählt. Der Verband strebt eine Kandidatur zur Kommunalwahl im nächsten Jahr an. Dazu habe man, so „pro NRW“, die 46 Wahlkreise Solingens mit KandidatInnen besetzen können. Eine zehnköpfige Reserveliste für den Stadtrat wird von Hövels, Meyer und Dreyer angeführt. Außerdem sollen Mandate in den fünf Bezirksvertretungen gewonnen werden. In

höchsten Tönen lobt „pro NRW“ den neuen Kreisverbandsvorsitzenden Hövels, der ein erfahrener Kommunalpolitiker sei und 2009 für den Wahlerfolg der Partei in Dormagen zu verantworten habe. Dort erzielte „pro NRW“ 4,5 % - eines der besten Ergebnisse in NRW - und konnte zwei Mitglieder in den Stadtrat entsenden, unter ihnen Hövels.

Was „pro NRW“ verschweigt

In der aktuellen Mitteilung verschweigt „pro NRW“ aber mehrere wichtige Details: Erstens besteht die Fraktion in Dormagen seit Januar diesen Jahres nicht mehr, weil Hövels nach Solingen verzog und sein Kollege Daniel Schöppe sich von „pro NRW“ distanziert hat. Gemeinsam mit dem ebenfalls ausgetretenen Norbert Back hat Schöppe die Fraktion „Ein Herz für Dormagen“ gebildet. Von „pro NRW“ wollen sie nichts mehr wissen. Zweitens ist es bereits der zweite Versuch in Solingen einen Kreisverband von „pro NRW“ zu gründen. Den ersten Anlauf nahmen die RechtspopulistInnen im Februar 2010. Damals wurde das ehemalige NPD-Mitglied Tobias Nass zum Kreisvorsitzenden sowie zum Direktkandidaten für die

Landtagswahl gewählt. (nrwrex berichtete) Im Wahlkampf wurde bekannt, wie tief Nass im braunen Milieu verwurzelt war: Ein Foto, auf dem er mit Hitler-Bärtchen posiert, war zu bestaunen, ein anderes zeigte ihn gemeinsam mit einem Aktivisten der neonazistischen „Aktionsgruppe Rheinland“. Noch 2009 wurde er bei einem Neonazi-Aufmarsch in Stolberg abgelichtet. Die NPD, seine frühere politische Heimat, ließ zudem verlauten, er sei nicht 2006 - wie Nass selbst behauptete - aus der Partei ausgetreten, sondern erst Ende Januar 2010, habe aber bis inklusive 1. April der NPD regelmäßig Spenden überwiesen. Im September 2010 erklärte Parteichef-Beisicht gegenüber dem „Solinger Tageblatt“, dass Nass „aus rein beruflichen Gründen“ nicht mehr als Kreisvorsitzender zur Verfügung stehe. Fast zwei Jahre habe der Kreisverband organisatorisch am Boden gelegen, gab Markus Beisicht zu. Zuletzt habe es nur einen Bevollmächtigten in Solingen gegeben. Darum sei jetzt die Neugründung erfolgt. Also hat es, trotz der propagandistischen Protzerei, gar keinen wirklichen pro NRW-Kreisverband in Solingen gegeben. Mit ziemlicher Sicherheit handelt es sich bei der NRW-weiten Ankündigung, dass pro NRW in

Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus

Wir beschäftigen uns mit den Themen Rassismus, Neonazismus, Bleiberecht für Flüchtlinge, Auswirkungen von Hartz IV auf MigrantInnen, Nationalismus, Militarisierung, Stolpersteine, Aufrüstung der Bundeswehr und Einschränkung der Bürgerrechte.

Kontakt: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3, 42655 Solingen solinger-appell@operamail.com

Treffen alle 14 Tage donnerstags um 20h im Café Courage

vielen Städten flächendeckend zur Kommunalwahl 2014 Kandidaten aufgestellt habe, um reine Zweckpropaganda.

46 Direktkandidaten für 26 Wahlkreise?

Seltsam ist auch, dass pro NRW 46 Kandidaten für 46 Solinger Wahlkreise aufgestellt hat. Laut eigenen Aussagen verfügt ihr angeblicher Solinger Kreisverband nur über 40 Mitglieder, aber in Solingen gibt es

nur 26 Wahlkreise zur Kommunalwahl. Konkrete Kenntnisse über Solingen scheinen bei der Kommunalwahlaufstellung also nicht vorhanden gewesen sein. Normalerweise stellt eine kandidierende Partei Kandidaten auf, die in den jeweiligen Wahlbezirken wohnen. Das scheint bei pro NRW auch nicht der Fall zu sein, wenn man noch nicht einmal weiß wie viele Wahlkreise es gibt. Die drei „Spitzenkandidaten“ kennt in Solingen eben-

falls kaum einer. Jedenfalls haben die sich bisher nirgendswo für Solinger Anliegen öffentlich engagiert.

Viel mehr als die Kommunalwahlen in NRW beschäftigt pro NRW auch der erbittert geführte Streit mit dem ehemaligen bundesweiten Bündnispartner Pro-Deutschland.

Redaktionell

Frederik Kühne ist stolz darauf ...

der Urenkel des ersten Kammerdieners Friedrich Hess des letzten deutschen Kaisers Friedrich-Wilhelm II. und Urenkel der 2. Mammseil Helene Hess zu sein.

Auf seiner aktuellen Homepage empfiehlt er immer noch die „Junge Freiheit“ und den Blok „Conservo“, der sich darüber empört, dass „nicht nur „Mohrenköpfe“ oder „Zigeunerschnitzel“ wegen „Diskriminierung anderer Bevölkerungsgruppen“ von den Speisekarten verschwinden sollen, sondern auch den althergebrachten Gruß „Grüß Gott“ sollen wir nicht mehr verwenden dürfen, um die „lieben Mitbürger anderen Glaubens“ nicht zu diskriminieren“.

WER IST DIE AFD?

Fangen wir in Solingen an. Im fünfköpfigen Vorstand, der etwa 20 Mitglieder vertritt, sitzt **Frederik Kühne**, mit der Funktion eines Pressesprechers. Frederik Kühne ist in Solingen kein unbekannter. Er saß für die CDU vier Jahre im Stadtrat und wurde dem, gerade in Solingen besonders einflussreichen Spektrum der national Konservativen zugeordnet.

CDU Solingen war froh ihn los zu werden

Wegen seiner unberechenbaren, meist rechts-populistischen Ausfälle, war die CDU dann aber doch recht froh darüber, dass er sein Ratsmandat niederlegen musste, weil er als Bauingenieur mit einem Job in der Stadtverwaltung versorgt wurde.

Kühne war Mitglied im Christlich Konservativen Deutschlandforum (CKDF), welches sich als Sammelbecken der Nationalkonservativen verstand und eine Scharnierfunktion zwischen stramm rechten Konservativen und den Rechtsextremisten von NPD, REP's, sowie der „Neuen Freiheit“ als publizistisches Sammelbecken der „Neuen Rechten“, einnehmen sollte. Er fiel dadurch auf, dass er die Kampagne der damaligen Bundesregierung gegen rechte Gewalt, als völlig „unangemessen“ bezeichnete, weil „die Presse in Deutschland jeden kleinsten Fensterscheibenbruch eines Rechtradikalen unangemessen aufbauscht“. Seine damalige Warnung sollte aktuell auf dem Hintergrund der NSU-Morde bewertet werden. Seine Nähe zu sogenannten Lebensrechtsgruppen, die Schwangerschaftsabbruch und Homosexualität als „Sünde wider die Natur“ und

„objektive Unordnung“ geißelten, wurde durch, von ihm empfohlene Links auf seiner damaligen Homepage deutlich. Hierrüber verbreitete er auch zynisch, dass „Ausländer“ eigentlich nicht demonstrieren dürften, weil dieses Recht laut Grundgesetz nur Deutschen zustehen würde. Jedenfalls seien „Demo-Transparente nur in Deutsch“ erlaubt.

Zwischen seiner erst vor wenigen Monaten beendeten CDU-Karriere als Beisitzer im Vorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU und Schriftführer im CDU-Stadtbezirksverband Mitte und seines Übertritts zur AfD, engagierte sich Kühne auch im Wahlkampf für die christlich-fundamentalistische Sekte der „Bibeltreuen Christen“.

In der richtigen Gesellschaft

Ulrich Wlecke, Platz vier der Bundestags-Kandidatenliste von NRW, war ein ehemaliger REP-Aktivist, der über gute Kontakte zur rechtspopulistischen FPÖ („Abendland in Christenhand“) in Österreich verfügt.

Roland Vaubel, der dem Wissenschaftlichen Beirat der AfD angehört, hat 2007 Vorschläge zum „Schutz der Leistungseliten in der Demokratie“ unterbreitet, indem er das preußische Zweiklassen-Wahlrecht präferiert. AfD-Bundessprecher, **Konrad Adams**, geht da noch weiter. Er hält es für keinen Fortschritt, dass Arbeitslose, welche „die Fähigkeit, aus eigenem Vermögen für sich und die Seinen zu sorgen“ nicht besäßen, wählen dürften.

Schönhuber und Le Pen lassen Grüßen

Ursprünglich war die AfD ein Projekt der

eurokritischen Eliten, insbesondere aus der universitären Wissenschaft. Nachdem die AfD, aber wenige Monate vor den Bundestagswahlen feststellen musste, dass sie als reine Anti-Euro-Partei keine Chance auf einen Einzug in den Bundestag haben würde, öffnete sie sich prinzipienlos dem extrem rechts-populistischen Milieu. Einfluss erhielten Funktionäre der anti-islamischen Partei und ehemalige Anhänger des Republikaner-Gründers, Schönhuber. Der Chef des Meinungsforschungsinstitutes Forsa, Güllner, analysierte laut „Welt“, dass deren Anhänger sich „aus dem Millieu der Schönhuber-Wähler“ bilden würden.

Mit der AfD entsteht eine nationalkonservative Partei der äußersten Rechten, die den rechten Flügel der FDP absorbieren könnte und der CDU/CSU bei den nächsten Bundestagswahlen zur Mehrheit reichen könnte. Die Christdemokraten würden sich weit weniger zieren mit den Rechtsextremen zu koalieren als SPD und Grüne mit den Linken. Dann: Gute Nacht, Deutschland! Die Front National und die Tee-Party wären in Deutschland angekommen.

Frank Knoche



SCHLUSS MIT DEN HÜTCHENSPIELERTRICKS DER KONZERNE: FÜR EINE GESAMTKONZERNSTEUER!

Während die öffentlichen Kassen leer sind, gelingt es multinationalen Konzernen mit vielfältigen Steuervermeidungsstrategien, ihre Gewinne so klein zu rechnen, dass sie lächerlich wenig Steuern bezahlen trotz hoher Gewinne. Bundesweit, europaweit, weltweit: Die Reichen werden auch dadurch immer reicher und die Armen immer ärmer. Die Umverteilung von unten nach oben ist das Grundübel. Sie geschieht auf drei Wegen:

— Während Löhne und Sozialleistungen stagnieren bzw. sinken, steigen Vermögens- und Kapitaleinkünfte.

— Die „Bankenrettung“ in der Finanzkrise der letzten Jahre, führte zu hoher Staatsverschuldung, an der nun genau diejenigen an den Zinseinnahmen profitieren, die ‚geschützt‘ wurden.

— Über die Steuerpolitik hat die Umverteilung die weitreichendsten Folgen, weil jeder davon betroffen ist: Der Spitzensteuersatz sank von 56% (1988) auf 42% (2005)! Die Vermögenssteuer wurde abgeschafft, für Vermögenseinkünfte gilt keine progressive Versteuerung, sondern 25% als Einheitssatz. Dies kostet unseren Staat jährlich 50 bis 70 Mrd. €. Zugleich stieg die Mehrwertsteuer auf 19%. Arbeit und Konsum werden belastet, Vermögen entlastet!

Schlupflöcher in unserem Steuersystem gibt es sehr zahlreich. Sie zu finden und zu nutzen ist die Aufgabe großer Abteilungen in den Großkonzernen mit Steuerberatern, Wirtschaftsanwälten und Vermögensverwaltern. Parallel dazu wird der Steuervollzug häufig politisch ausgebremst: Bayern, Hessen und Baden-Württemberg werben um Firmen mit einer Reduzierung der Zahl der Steuerfahnder. Hessens Finanzminister Weimar ließ gar in Frankfurt vier besonders erfolgreiche Steuerfahnder für „dienstunfähig“ erklären.

In Zeiten der Globalisierung und Deregulierung sind Kapital und Vermögen extrem mobil geworden. Somit existiert ein hohes Erpressungspotential auf Seiten der Vermögensbesitzer. Absurd ist es, dass in dieser Situation der Steuerwettbewerb der Staaten untereinander die eigene materielle Basis aushöhlt.

Neben niedrigen Steuern ist die Verdunklung von Kapitalflüssen ein

entscheidendes Hindernis für eine gerechte Besteuerung der Großkonzerne. Neben den illegalen Transfers in Steueroasen (laut Schätzungen 5 bis 150 Mrd. jährl.) stehen die oft ganz legalen Gewinnverschiebungen durch Ausnutzen der Lücken in der Steuergesetzgebung. Allein Starbucks, Google, Amazon oder IKEA schaffen es jährlich über 100 Mrd. € am Fiskus vorbei in die eigenen Taschen zu befördern. Dagegen muss mehr Gegendruck von der Bevölkerungsmehrheit aufgebaut werden, die in allen Ländern zu den Verlierern gegenüber den „Global Players“ gehört.

Die Steuervermeidung der Konzerne kann gestoppt werden durch international gültige Bilanzvorschriften: Attac fordert länderbezogene Berichtspflichten für alle Konzerne. Auf dieser Basis könnte endlich eine **Gesamtkonzernsteuer (Unitary Taxation)** erhoben werden.

Die Steuer würde da zugreifen, wo die Konzerne aktiv sind und orientiert sich an deren Umsätzen, Lohnzahlungen und Investitionen in den jeweiligen Ländern. Die Gesamtkonzernsteuer muss für alle Unternehmen verbindlich eingeführt werden, die in Europa Geschäfte machen wollen. Zusammen mit einer einmaligen Vermögensabgabe für alle Vermögen über eine Million €, einer regelmäßigen Vermögenssteuer und einer progressiven Kapitalertragssteuer könnte die Bundesrepublik in wenigen Jahren frei von Staatsschulden sein!

Sibylle Arians

Buchtip: Nicola Liebert: „Steuergerechtigkeit in der Globalisierung“

stoersender.tv:
Schluss mit dem Steuerschlupfen!
(auf youtube - sehr sehenswert!)

Wer oder was ist Attac?

Attac richtet sich an alle, die nicht länger ohnmächtig zusehen wollen, wie Politik und Wirtschaft die Zukunft der Welt verspielen. Wir machen uns Gedanken über Auswege aus weltweiten und lokalen Problemen, die durch die neoliberale Globalisierung entstehen und zeigen Alternativen auf.

Eine andere Welt ist möglich!

Attac-Solingen trifft sich jeden 1. Freitag im Monat um 19 Uhr im Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3, Solingen.

Jeden 3. Mittwoch im Monat organisiert Attac-Solingen das Themen-Frühstück „Armut geht uns alle an - gemeinsam etwas erreichen!“ von 10 bis 12 Uhr im Café Courage.

Bei unseren Veranstaltungen sind interessierte Mitmenschen immer herzlich willkommen.

Mehr Infos:

www.attac-netzwerk.de/solingen

Kontakt: solingen@attac.de

Birgit Correns, Tel.: 0212 / 80157



Mi
**Comedy
Punch Club**

Unsere beliebte Comedy-Show!
Wieder jeden Mittwoch!

Start: 20 Uhr Eintritt: frei

SA
jeden 1. Samstag
**Charts
Party**

Start: 21 Uhr Eintritt: 6 €

SA
**Ü 30
Party**

jeden 2. und 4. Samstag

Start: 21 Uhr Eintritt: 6 €

SA
jeden 3. Samstag
**Zurück in
die Zukunft**

80er & 90er Party

Start: 21 Uhr Eintritt: 6 €

SA 30.11.2013

jeden 5. Samstag
**EXIT
PARTY**

mit den Original Dj's

Start: 21 Uhr Eintritt: 6 €

FR 06.12.2013

Don Raggamores
**Reggae
Reunion**

Dancehall nice again

Start: 23 Uhr Eintritt: 5 €

DI 24.12.2013

HOLY NIGHT
Der Klassiker
an Heiligabend

Einlass ab 22Uhr, Beginn 24 Uhr

Start: 22 Uhr Eintritt: 6 €

MI 25.12.2013

HBH
Herz beißt Haifisch
revival

Start: 22 Uhr Eintritt: 6 €

DO 26.12.2013

MASCENADE
Janz Weit Draußen

Start: 23 Uhr Eintritt: 6 €

gruppeninfos

AG Weiße Rose: Geschwister-Scholl-Schule, Querstraße 42

Amnesty international:

Treff jeden 1. Mittwoch im Monat 20h, Café Courage, Kontakt: Tel.: 415 78

Attac: Jeden 1. Freitag im Monat, 19h, Café Courage, Kontakt: solingen@attac.de

Ausländerrechtliche Beratungskommission:

Hilfe für Härtefälle im Ausländerrecht, Kontakt: Helmut Eckermann (Tel.: 415 78) oder Diakonisches Werk, Frau Scott (287 27)

bleiberecht.com: www.bleiberecht.com

Bündnis Cobra: myspace.com/buendniscobra

Bürgerinitiative „Rettet das Ittertal“: www.rettetdasittertal.de, Post@rettetdasittertal.de

Bürgerinitiative „Solingen gehört uns“: Jeden 1. Montag im Monat. 19h, Café Courage Kontakt: Gerhard Walsken, Walter-Dodde-Straße 21, Tel.: 81 00 56 oder 2 47 43 80

Café Courage: Klemens-Horn-Straße 3, 42655 SG, Tel.: 27 36 35

Cow Club: www.cowclub.de, Treff jeden Do. 20h Kantine / COBRA, Tel.: 659 86 89

DFG Niederberg/Berg, Land: Kontakt: Hagü Weber, Tel.: 7 48 09

FAU Solingen, anarchosyndikalistische Gewerkschaft, Offenes Treffen jeden dritten Freitag im Monat im Café Courage, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/

Flüchtlingsberatung: In den Räumen der urgewählten Mitglieder des Integrationsrates, Cobra (Seiteneingang Robert-Klaas-Str.), Kontakt: Tel: 0171/82 02 69

Förderverein Freibad Aufderhöhe: Kontakt: Birgit Everts, Gertrudisstr. 33, Tel.: 5 36 42

Frauenhaus: Tel: 5 45 00

Frauen helfen Frauen: Brühler Str. 59, Tel: 5 54 70

Informationsbüro Nicaragua: Postfach: 10 13 20, 42013 Wuppertal

Initiative „Bau-Stopp der Bayer-Pipeline“: Kontakt: D. Donner, Tel.: 02103/6 50 30

Initiativkreis zur Gründung der BürgerEnergie Solingen: Die nächsten Arbeitstreffen finden am 24. Oktober, 21. November und 19. Dezember um 17.30 Uhr im Mehrgenerationenhaus, Mercimek-Platz 1 (früher Van-Meenen-Straße 1, nahe Rathaus) statt. Kontakt und weitere Informationen: www.buergerenergie-solingen.de, Ingeborg Friege, Telefon: 0212 233 34 33

Öffentlichkeit gegen Gewalt: Kontakt: Ursel Ullmann, Tel.: 8 05 23

RBN, Bergischer Naturschutzverein: www.rbn-solingen.de; rbn@rbn-solingen.de, Kontakt: Thomas Bloss, Tel.: 2 30 97 77

Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus: c/o Café Courage, Kontakt: solinger-appell@operamail.com, Treff: Do. 21.11.2013, 20h, dann 14-tägig

Solinger Arbeitslosenzentrum „Salz“: Tel.: 0212 23 13 44 33

Stiftung W: www.stifung-w.de; mail@stifung-w.de; Postfach 13 06 55, 42033 Wuppertal

tacheles: tacheles-solingen@gmx.de, www.tacheles-solingen.de; c/o Café Courage

Türkischer Volksverein:

Mehrgenerationenhaus, Mercimek-Platz 1 (Früher Van-Meenen-Straße 1)

Unterstützerkeis Stolpersteine:

c/o Café Courage, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel. 31 81 30

VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA):

www.solingen.vvn-bda.de, c/o Café Courage, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel. 31 81 30

Zukunftswelten e.V.: Kontakt: Familie Thom, Mohrenkamp 20, SG, Tel.: 59 07 96